

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Kapitel</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>19</b>
<b>2. Kapitel</b>	<b>Terminologie, Hintergrund</b>	
	<b>und Bedeutung des „Brauchs“ .....</b>	<b>23</b>
§ 1	Terminologie .....	23
§ 2	Formen der Verstümmelung und Praktiken .....	24
§ 3	Historischer Hintergrund .....	26
§ 4	Begründungsmuster .....	28
	A. Initiationsritus und soziale Akzeptanz .....	28
	B. Rollenerwartung an die Frau und deren Sexualität.....	29
	C. Vorstellungen von Reinheit und Ästhetik .....	29
	D. Genitalverstümmelung und Religion .....	30
§ 5	Unmittelbare und langfristige	
	Gesundheitsschäden infolge von Genitalverstümmelung.....	35
§ 6	Vorkommen und Ausmaß.....	37
	A. Vorkommen im Herkunftsgebiet.....	37
	B. Vorkommen in Europa, insbesondere in Deutschland.....	39
<b>3. Kapitel</b>	<b>Rechtslage in Deutschland</b>	
	<b>vor Einführung des § 226 a StGB.....</b>	<b>45</b>
§ 1	§ 223 StGB.....	46
§ 2	§ 224 StGB.....	46
	A. § 224 Abs.1 Nr.1 StGB – Beibringung von Gift	
	oder anderen gesundheitsschädlichen Stoffen .....	46
	B. § 224 Abs.1 Nr. 2 StGB – Verwendung	
	eines gefährlichen Werkzeugs.....	47
	C. § 224 Abs.1 Nr. 4 StGB – Gemeinschaftliche Begehung .....	50
	D. § 224 Abs.1 Nr.5 StGB – Lebensgefährdende Behandlung.....	51
§ 3	§ 226 StGB.....	51
	A. § 226 Abs.1 Nr.1 StGB – Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit .....	52
	B. § 226 Abs.1 Nr.2 StGB – Verlust eines wichtigen Gliedes.....	53
	C. § 226 Abs.1 Nr.3 StGB – Erhebliche und dauerhafte Entstellung.....	54
§ 4	§ 225 StGB.....	55

§ 5 § 171 StGB .....	58
§ 6 Zwischenergebnis zur Strafbarkeit nach alter Rechtslage .....	58
<b>4. Kapitel Internationale menschenrechtliche Vertragswerke und ausländische Gesetzgebung .....</b>	<b>61</b>
§ 1 Internationale Menschenrechtsinstrumente .....	61
§ 2 Istanbul-Konvention .....	64
§ 3 Afrikanische Menschenrechtsverträge .....	66
§ 4 Nationale Rechtsordnungen in den betroffenen Staaten .....	67
§ 5 Rechtslage im europäischen Ausland .....	72
<b>5. Kapitel Entstehungsgeschichte der Gesetzeslage in Deutschland und gesetzgeberische Alternativen .....</b>	<b>77</b>
§ 1 Der Entwurf des Bundesrates vom 24.03.2010 .....	78
A. Vorstellung des Entwurfs .....	78
B. Bewertung aus gesetzessystematischer Sicht .....	79
§ 2 Der Entwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2011 ..	79
A. Vorstellung des Entwurfs .....	79
B. Bewertung aus gesetzessystematischer Sicht .....	81
§ 3 Der Entwurf der SPD-Fraktion vom 19.02.2013 .....	84
A. Vorstellung des Entwurfs .....	84
B. Bewertung aus gesetzessystematischer Sicht .....	84
§ 4 Die Vorschrift als Teil der §§ 174 ff. StGB .....	85
§ 5 Der Entwurf der CDU-/FDP-Fraktion vom 04.06.2013 .....	86
<b>6. Kapitel Strafbarkeit nach nunmehr geltender Rechtslage – der neue § 226 a .....</b>	<b>87</b>
§ 1 Tatbestandsmerkmale .....	87
A. Tathandlung: Verstümmelung .....	87
I. Versuch einer Definition .....	88
II. Veränderung der äußenen Genitalien in „negativer“ Hinsicht .....	89
III. Bedarf einer einschränkenden Auslegung .....	91
1. Heranziehung ergänzender Tatbestandsmerkmale .....	96
2. Verfassungskonforme (einschränkende) Auslegung .....	101
IV. Tathandlungsbegriff im interkulturellen Kontext .....	104

1.	Keine Einbeziehung sämtlicher vergleichbarer „milder Fälle“ in den Tatbestand.....	104
2.	Einbeziehung von Schönheitsoperationen in den Tatbestand .....	106
3.	Tat Handlung der Verstümmelung als wertausfüllungsbedürftiges Tatbestandsmerkmal?.....	112
4.	Kritik am normativ abwertenden Gehalt des Tatbestandsbegriffes .....	114
B.	Tatobjekt: Die äußenen Genitalien.....	115
C.	...einer weiblichen Person .....	116
D.	Exkurs: Eingriffe an intersexuell geborenen Kindern und Transsexuellen.....	117
I.	Historischer und gesetzgeberischer Hintergrund .....	117
II.	Bewertung zur Anwendbarkeit des Tatbestandes.....	120
E.	Vorsatz.....	123
§ 2	Rechtswidrigkeit .....	125
A.	Rechtfertigung durch Einwilligung .....	125
I.	Rechtfertigende Einwilligung durch das Opfer .....	126
1.	Einwilligungsfähigkeit des Opfers .....	127
2.	Unbeeinflusste Einwilligung .....	131
3.	Sittenwidrigkeit der Tat nach § 228 StGB bei Einwilligung der Betroffenen .....	133
a.	Maßstab der Sittenwidrigkeit im Allgemeinen .....	134
b.	Konkreter Maßstab der Sittenwidrigkeit bei § 226 a StGB und hieraus resultierende Möglichkeit einer Einwilligung.....	139
c.	Gefahr von pauschaler Bevormundung und Widersprüchen zu hiesigen Eingriffen an weiblichen und männlichen Genitalien.....	141
d.	Objektive Einzelfallbewertung auch bei erheblicher Gesundheitsschädigung .....	148
e.	Ergebnis.....	149
II.	Rechtfertigung durch Einwilligung der Eltern.....	150
1.	Rechtfertigung im Rahmen des elterlichen Erziehungsrechts, Art. 6 Abs.2 S.1 GG i.V.m. § 1626 BGB .....	150

a.	Die Wahrung des Kindeswohls als Grenze der Einwilligungsbefugnis .....	152
b.	Einfluss von elterlichen Grundrechten auf die Definition des Kindeswohls.....	153
	(1) Eröffnung des Schutzbereichs des Art. 4 GG .....	156
	(2) Schranken des Art. 4 GG und Abwägung im eigentlichen Sinne.....	160
c.	Abwägung mit elterlichen Motiven und sittlichen Hintergründen außerhalb des Art. 4 GG .....	163
d.	Konkrete Prüfung des Kindeswohls losgelöst von Art. 4 GG ...	165
e.	Die Regelung des § 1631 d BGB .....	168
	(1) Das Urteil .....	169
	(2) Die Regelung: § 1631 d BGB .....	170
	(3) Analoge Anwendung des § 1631 d BGB .....	172
f.	Sonderfall: Einwilligung in die milde Sunna.....	176
2.	§ 228 StGB bei Einwilligung der Eltern .....	178
3.	Einwilligung in westlich geprägte chirurgische Eingriffe am kindlichen Genital .....	179
a.	Einwilligung in geschlechtsangleichende Eingriffe an intersexuell geborenen Kindern .....	180
b.	Einwilligung in kosmetische Eingriffe an minderjährigen Kindern .....	182
4.	Zwischenergebnis zur Möglichkeit der Einwilligung durch die Eltern .....	183
B.	Art. 4 GG als Rechtfertigungsgrund .....	184
C.	Rechtfertigung wegen Notstands gem. § 34 StGB .....	185
I.	Notstand und Art. 4 GG .....	185
II.	Notstand bei Vornahme des Eingriffs durch einen Arzt.....	187
D.	„Cultural Defence“ als besonderer Rechtfertigungsgrund .....	189
E.	Exkurs: Rechtswidrigkeit der Defibulation und Refibulation .....	193
I.	Die Defibulation.....	194
1.	Tatbestandsmäßigkeit .....	194
2.	Rechtfertigung durch Einwilligung .....	194

II.	Die Refibulation .....	196
1.	Tatbestandsmäßigkeit .....	196
2.	Rechtfertigung durch Einwilligung .....	196
§ 3	Schuld.....	198
A.	Vorliegen eines Verbotsirrtums .....	198
I.	Definition und Anforderung an das Unrechtsbewusstsein im Allgemeinen .....	198
II.	Mögliche Einflussnahme der Ausländereigenschaft auf das Unrechtsbewusstsein.....	200
III.	Vermeidbarkeit des Irrtums .....	204
IV.	Vermeidbarkeit des Irrtums bei ausländischen Tätern – Konkreter Fall der Genitalverstümmelung .....	205
B.	Vorliegen eines Erlaubnisirrtums .....	208
C.	„Cultural Defence“ als besonderer Entschuldigungsgrund .....	209
§ 4	Strafzumessung .....	211
A.	Allgemeines .....	211
B.	Strafzumessung und interkultureller Hintergrund des Täters .....	211
I.	Strafschärfung und Interkulturalität .....	212
II.	Strafmilderung und Interkulturalität .....	213
1.	Verringerte Normbefolgungsfähigkeit.....	213
2.	Strafempfindlichkeit .....	215
C.	Der minder schwere Fall .....	215
§ 5	Versuch.....	217
A.	Problematik des unmittelbaren Ansetzens .....	218
B.	Strafbarkeit nach § 30 StGB .....	219
§ 6	Täterschaft, Teilnahme und Strafbarkeit der Eltern.....	220
A.	Mittäterschaft .....	221
B.	Anstiftung.....	224
I.	Vollendete Anstiftung .....	224
II.	Versuchte Anstiftung .....	225
C.	Beihilfe.....	226
D.	Zwischenergebnis zur Frage der Beteiligung.....	226
§ 7	Unterlassen.....	227

A. Unterlassen der Eltern.....	227
B. Unterlassen von Dritten .....	228
§ 8 Konkurrenzen.....	229
A. Allgemein.....	229
B. Sonderfall der milden Sunna.....	229
§ 9 Exkurs: Durchführung des Eingriffs durch einen Arzt bzw. Vornahme in einem klinischen Umfeld .....	230
A. Durchführung der milden Sunna und Verwendung eines gefährlichen Werkzeugs i.S.v. § 224 Abs.1 Nr. 2 StGB .....	231
B. Durchführung einer Verstümmelung: Definition der Verstümmelungshandlung i.S.v. § 226 a Abs.1 StGB.....	233
C. Minder schwerer Fall gem. § 226 a Abs.2 StGB .....	233
D. Rechtfertigung und § 228 StGB.....	234
§ 10 Strafverfolgung .....	236
A. Verjährung.....	236
B. Prozessuale / Opferschutz .....	238
<b>7. Kapitel Verfassungsmäßigkeit der Gesetzesänderung.....</b>	<b>241</b>
§ 1 Bestimmtheit .....	241
A. Ableitung, Hintergrund und Inhalt des Bestimmtheitsgrundsatzes ....	241
B. Allgemeine Voraussetzungen des Bestimmtheitsgrundsatzes .....	242
C. Bestimmtheit des Tatbestandsmerkmals „Verstümmelung“ .....	243
D. Bestimmtheit des minder schweren Falles.....	246
§ 2 Verhältnismäßigkeit und Vereinbarkeit mit Artikel 2 II GG.....	248
A. Legitimer Zweck – Schutzwert der Norm .....	249
B. Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	252
I. Geeignetheit .....	252
II. Erforderlichkeit .....	253
1. Fragmentarischer Charakter und Ultima-Ratio-Grundsatz .....	253
2. Erforderlichkeit im klassischen Sinne.....	254
3. Medikalisierung des Eingriffs an Minderjährigen als mögliches milderendes Mittel .....	255
a. Zum Hintergrund.....	255
b. Kritik am Prozess der Medikalisierung .....	257

c. Die Beratungslösung als Sonderfall der Medikalisierung .....	259
C. Angemessene Höhe des Strafmaßes .....	260
I. Das Strafmaß in der rechtspolitischen Diskussion.....	261
1. Stimmen zur Höhe des Strafmaßes.....	261
2. Stimmen zur Zusammenfassung der Tat unter einen einzigen Tatbestand .....	265
II. Verhältnismäßigkeit des Tatbestandes im eigentlichen Sinne.....	267
1. Zur Kriminalisierung der Tat als solcher.....	267
2. Vorab: Berücksichtigung des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers .....	268
3. Zur Höhe des Strafmaßes .....	271
4. Zur Zusammenfassung der Tat unter einen einzigen Tatbestand..	276
D. Exkurs: Kriminalpolitische Bewertung des Strafrechts.....	278
I. Allgemein .....	278
II. Verletzung der staatlichen Pflicht zum Schutz des Opfers durch Herabsetzung des Strafmaßes .....	279
III. Strafmaß und Systematik .....	281
IV. Strafmaß und Ausländerrecht.....	281
V. Zwischenergebnis zur Vereinbarkeit mit Art. 2 GG.....	285
§ 3 Vereinbarkeit mit Art. 3 GG.....	285
A. Art. 3 und Eingriffe am männlichen Genital .....	285
I. Unmittelbare Ungleichbehandlung nach Art. 3 Abs.3 S.1 GG .....	287
II. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem: Verstoß gegen Artikel 3 Abs.1 GG .....	288
1. Die milden Fälle der weiblichen Beschneidung.....	290
a. Wesentlich Gleiches .....	290
b. Ungleichbehandlung .....	299
c. Exkurs: Recht- und Verfassungsmäßigkeit des § 1631 d BGB ...	300
2. Männliche Verstümmelung.....	303
a. Ungleichbehandlung .....	304
b. Wesentlich Gleiches .....	307
3. Transsexualität und Eingriffe am männlichen Genital.....	309
a. Wesentlich Gleiches .....	309

b. Ungleichbehandlung .....	309
III. Zulässige Typisierung und	
Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers .....	311
IV. Zwischenergebnis zur Vereinbarkeit mit	
Art. 3 GG in Bezug auf Eingriffe am männlichen Genital .....	314
V. Exkurs: Gesetzgeberische Konsequenzen bzw. Handlungsbedarf.	314
1. Umgang mit § 226 a StGB .....	314
2. Umgang mit § 1631 d BGB .....	316
B. Art. 3 GG im Lichte abweichender kultureller Hintergründe.....	318
I. Art. 3 GG und der jüdische / muslimische Brauch .....	319
II. Art. 3 GG und westlich motivierte	
kosmetische Eingriffe an weiblichen Genitalien .....	322
1. Wesentlich Gleiches .....	322
2. Ungleichbehandlung.....	324
III. Art. 3 GG und geschlechtszuweisende	
Eingriffe an intersexuell geborenen Kindern .....	326
IV. Abschließende Kritik aus interkultureller Sicht.....	328
§ 4 Vereinbarkeit mit Art. 4 GG.....	331
<b>8. Kapitel Völkerrechtliche Legitimation der Auslandsstrafbarkeit...</b>	337
§ 1 Historie der Auslandsstrafbarkeit und Vergleich	
mit der Rechtslage in anderen Ländern .....	337
§ 2 Strafbarkeit nach altem Recht.....	339
A. § 7 StGB.....	340
B. § 3 i.V.m. § 9 StGB .....	341
§ 3 Völkerrechtmäßigkeit des aktuellen § 5 Nr. 9a StGB.....	343
A. Das völkerrechtliche Interventionsverbot.....	344
B. Legitimer Anknüpfungspunkt der Strafbarkeit .....	346
I. Das aktive Personalitätsprinzip .....	348
II. Das passive Personalitätsprinzip .....	351
III. Das passive Domizilprinzip .....	352
IV. Exkurs: Aufnahme des § 226 a StGB in § 6 StGB.....	357
C. Zwischenergebnis in Bezug auf die	
Vereinbarkeit mit dem Interventionsverbot .....	358

<b>9. Kapitel Rechtspolitische Bewertung.....</b>	<b>359</b>
§ 1 Effektive Strafverfolgung und	
Anwendungsdefizite im „Dunkelfeld“ .....	359
A. Fehlende Anzeige durch das Opfer .....	361
I. Problem: Enge familiäre Verbundenheit	
und fehlende Bereitschaft des Opfers .....	361
II. Durch § 226 a StGB vermittelte Lösung:	
Klare Bezeichnung des der Tat innwohnenden Unrechts.....	362
B. Fehlende Aufdeckung der Taten durch das Umfeld der Betroffenen...	364
I. Problem: Fehlende Kenntnis und falsch verstandene Toleranz .....	364
II. Durch § 226 a StGB vermittelte Lösung:	
Sensibilisierung der Öffentlichkeit .....	365
1. Im privaten Umfeld der Betroffenen .....	365
2. Bei relevanten Gesundheits,- Ausländer-	
und Strafverfolgungsbehörden .....	366
C. Verstärkung der Dunkelfeldproblematik	
durch Verdrängung der Taten ins Ausland .....	367
D. Aufdeckung der Taten im medizinischen Bereich.....	368
I. Verschwiegenheitspflicht .....	370
II. Melderecht.....	370
1. Bei bevorstehendem Eingriff.....	370
a. § 34 StGB .....	371
b. § 4 KKG .....	372
2. Bei bereits durchgeföhrtem Eingriff.....	374
III. Meldepflicht .....	375
E. Zwischenergebnis.....	378
§ 2 Präventionsdefizite.....	378
A. Allgemeines zur Prävention durch Strafrecht.....	379
B. Generalprävention als zentraler	
Legitimationsansatz des § 226 a StGB .....	380
C. § 226 a StGB als Ausdruck falscher	
Schwerpunktsetzung im Bereich wirksamer Generalprävention.....	381
D. Prävention und Problem des „Sonderstrafrechts“.....	383

E. Generalpräventive Wirkung auf Seiten der Täter .....	384
F. Generalprävention und öffentliches Bewusstsein – Mittelbare Wertevermittlung durch Strafrecht.....	388
G. Zwischenergebnis zur Präventionswirkung des § 226 a StGB .....	391
§ 3 Legitimation des Tatbestandes in interkulturellem Kontext.....	391
A. Signalwirkung und Kritik .....	391
B. Besonderheit der Signalwirkung im interkulturellen Kontext der Norm .....	395
C. Strafbarkeitsentscheidungen im Lichte erforderlicher interkultureller Kompetenz .....	398
I. Pauschalisierungen und Null-Toleranz-Politik .....	400
II. Subjektivierter Maßstab des Verstümmelungsbegriffes und Sonderstrafrechts für Migranten .....	404
III. Gefahr der Instrumentalisierung des Tatbestandes durch Vorurteilsbestätigung auf Seiten der hiesigen Bevölkerung .....	405
<b>10. Kapitel Fazit.....</b>	<b>409</b>
§ 1 Wesentliche Ergebnisse der Arbeit und bestehender Anpassungsbedarf .....	409
A. Allgemeine Errungenschaften des Tatbestandes gegenüber der ursprünglichen Rechtslage .....	409
B. Objektiver Tatbestand .....	410
I. Einschränkende Auslegung des Verstümmelungsbegriffes.....	410
II. Einheitliche Anwendung auf das männliche und weibliche Geschlecht.....	410
III. Einheitliche Anwendung auch auf hiesige kosmetische Eingriffe und auf das „dritte Geschlecht“ .....	410
IV. Vorschlag zur Formulierung des objektiven Tatbestandes.....	411
C. Rechtswidrigkeit .....	411
I. Einheitliches Verbot der Einwilligung in Eingriffe an kindlichen Genitalien .....	412
II. Klarstellung zur Einwilligungsmöglichkeit volljähriger Betroffener.....	413
D. Verfassungsmäßigkeit .....	415

I.	Vereinbarkeit mit Art. 2 GG: Konkretisierung des Schutzgutes ....	415
II.	Vereinbarkeit mit Art. 3 GG .....	415
E.	Einführung einer Auslandsstrafbarkeit .....	416
F.	Rechtspolitische Bewertung des Tatbestandes .....	416
§ 2	Weitergehender Reformbedarf, insbesondere	
	im Bereich der Prävention und Repression.....	416
A.	Reform im Bereich der Repression.....	416
I.	Verstärkte Einbeziehung des Gesundheitssektors bei der	
	Aufdeckung der Taten, Aufklärung und Sensibilisierung .....	417
II.	Einführung einer ärztlichen Meldepflicht .....	419
III.	Ausbau von verpflichtenden kindlichen Vorsorgeuntersuchungen ...	424
IV.	Erleichterte Aufdeckung von Ferienbeschneidungen	
	durch Einführung einer Vorfeldstrafbarkeit .....	425
V.	Opferschutz .....	427
B.	Ausbau präventiver Maßnahmen .....	428
I.	Aufnahme des Tatbestandes in § 138 StGB .....	428
II.	Einführung eines Schutzbrieftes.....	429
III.	Verstärkte Einbeziehung der Öffentlichkeit und	
	Ausbau von Präventions- und Aufklärungskampagnen .....	430
1.	Rechtzeitige, zielgruppenorientierte	
	und themenübergreifende Aufklärung.....	431
2.	Aufklärung des Kollektivs unter besonderer	
	Berücksichtigung der Rolle der Männer .....	433
§ 3	Erreichen der mit den Neuregelungen	
	bezweckten Auswirkungen – Ausblick.....	435
<b>Literaturverzeichnis</b>	.....	<b>437</b>
1)	Bücher, Schriften, Monographien, Sammelbänder, Dissertationen.....	437
2)	Studien / Informationsschriften / Leitlinien / Gutachten .....	440
3)	Aufsätze / Artikel .....	444
4)	Kommentare / Handbücher .....	460
5)	Gesetzgebungsverfahren und Stellungnahmen .....	461
6)	Presseartikel und Sonstiges.....	470